

Vom Wandel bedroht: Christliche Minderheiten im Nahen Osten



Impressum

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0

Fax: +49 551 58028

E-Mail: info@gfbv.de

Internet: www.gfbv.de



SPENDENKONTO:

Kontoinhaber: Gesellschaft für bedrohte Völker

Kontonummer: 70 80 90

BLZ: 25120510; Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE68 2512 0510 0000 7080 90

BIC: BFS WDE 33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen Büros in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien.

Autor: Kamal Sido, Tonja Klausmann

Titelfoto: Die Stadt Maluula in Syrien, Foto von Sean Long / flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Redaktion: Ulrich Sandl

Layout: Tanja Wieczorek

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im März 2014

Inhaltsverzeichnis:

Vom Wandel bedroht: Christliche Minderheiten im Nahen Osten

1. Einleitung	3
2. Irak	4
3. Syrien	6
4. Türkei	10
5. Jordanien	12
6. Palästinensergebiete	13
7. Ägypten	14
8. Libyen	17
9. Fazit und Forderungen	18

1. Einleitung

Nach seinen beiden Vorgängern wird der amtierende Papst Franziskus der Dritte sein, der den Nahen Osten seit der Jahrtausendwende besucht. Vom 24. bis 26. Mai 2014 wird er Jordanien, die Palästinensergebiete und Israel bereisen.

Diese Pilgerreise soll eine Ermutigung für die Christen im ganzen Nahen Osten sein, die sich nach Freiheit und Frieden sehnen. Daneben ist das Thema der Reise der Dialog zwischen Christen und Muslimen in der Region, um die Sicherheit der Christen zu sichern. Papst Franziskus erklärte, dass sichergestellt werden müsse, dass die Region nicht zu „einem Museum des Christentums“ werde, sondern Christen dort weiterhin als aktive Mitgestalter leben können.

In den Jahren 2000 und 2009 bereisten Papst Johannes Paul II und Papst Benedikt XVI ebenfalls Jordanien, die Palästinensergebiete und Israel. Auch diese trafen sich mit Vertretern muslimischer Gemeinden zu Gesprächen über das Verhältnis von Christen und Muslimen in der Region mit dem Ziel, den interreligiösen Dialog zu fördern.

Besonders seit den politischen Umstürzen im Rahmen des „Arabischen Frühlings“ hat sich die Lage der christlichen Minderheit im Nahen Osten radikal verändert: Durch den immer stärkeren Einfluss von radikalen Islamisten und die dadurch steigende Bedrohung von Nicht-Muslimen sind viele Christen zu Flüchtlingen geworden oder müssen ihren Glauben verheimlichen. Die alltägliche Schikanierung aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit gehört in vielen Ländern zum traurigen Alltag. Dort, wo Kirchen nicht verboten oder zerstört wurden, müssen sich Gottesdienstbesucher der ständigen Gefahr eines Übergriffes bewusst sein.

Laut dem Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks *Open Doors* ist die Türkei das einzige mehrheitlich muslimische Land in der Region, in dem Christen nicht starken Einschränkungen und regelmäßigen Anschlägen von Staats wegen unterliegen, denn die tatsächliche Bedrohung geht meist nicht von systematischer hoheitlicher Gewalt aus, sondern von islamistischen Organisationen und bei christlichen Konvertiten besonders auch von der eigenen Familie.

Tatsächlich begegnen christliche Assyrer-Aramäer-Chaldäer, Kopten, aber auch muslimische Kurden in Syrien oder Berber in Nordafrika und im Nahen Osten dem „arabischen Frühling“ mit sehr gemischten Gefühlen. Bringt der Wandel auch Freiheit für die Minderheiten?

2. Irak

Die Christen im Irak gehören verschiedenen Kirchen wie der Chaldäischen, der Altapostolischen Kirche des Ostens, der Assyrischen, der Syrisch-Orthodoxen, der Syrisch-Katholischen und anderen kleineren christlichen Kirchen an. Die Assyro-Chaldäer-Aramäer und die Mandäer sind die eigentlichen Ureinwohner des Iraks. Sie gehören weltweit zu den ältesten christlichen Gemeinschaften und sprechen als einzige noch die Sprache Jesu: Aramäisch. Diese Gemeinschaft ist jetzt allerdings vom Aussterben bedroht: Vor dem Ersten Irak-Krieg stellten Christen noch etwa zehn Prozent der Bevölkerung, vor dem zweiten Krieg noch etwa fünf Prozent. Inzwischen wird die Zahl bei 2,5 Prozent vermutet. Es wird befürchtet, dass es bis 2020 im Irak keine Christen mehr geben wird.

Während der Herrschaft Saddam Husseins teilten die Assyro-Chaldäer-Aramäer im Nord-Irak das Schicksal der Kurden. Sie wurden Opfer von Giftgasangriffen, Massakern und Zwangsumsiedlungen, erlebten die Zerstörung ihrer Dörfer und flüchteten im Januar 1991 gemeinsam mit den Kurden in die schneebedeckten Bergregionen der Türkei und des Iran.

Seit dem Einmarsch der US-amerikanischen Truppen 2003 reißt die Welle der Gewalt im Irak sowohl für Sunniten, Schiiten als auch Christen nicht mehr ab. Letztere werden jedoch besonders häufig das Ziel von Gewalt durch islamistische Bewegungen: Sie werden Opfer von Entführungen, Vergewaltigungen und Morden. Auf ihre Kirchen werden Bombenattentate verübt. Christen werden Opfer systematischer Verfolgung auf Grund ihrer Religionszugehörigkeit. Ihnen wurde vorgeworfen, mit den amerikanischen Besatzern zu kollaborieren, für sie zu arbeiten und daher mehr Geld zu besitzen als die übrige Bevölkerung. Seit 2003 sind im Irak mehr als 1.000 Christen durch Anschläge extremistischer Muslime getötet worden. Mindestens 70 Kirchen wurden durch Bombenanschläge zum Teil vollständig zerstört, 15 Priester ermordet. Das ehemalige Zentrum der Christen im Irak, Dora, mit seinen vielen Kirchen und dem Zentrum der

Priesterausbildung ist inzwischen verwaist. Von den ehemals 500 Kirchen im Irak sind heute nur noch 57 geöffnet. Doch auch in diesen bleiben sonntags die Bänke leer: Zu sehr werden erneute Anschläge auf Gottesdienste gefürchtet.

Als besonders brutal ist ein Überfall auf einen Gottesdienst am 31. Oktober 2010 in Erinnerung geblieben: Islamisten nahmen etwa 100 Gläubige während der Messe als Geiseln. Als US-Spezialeinheiten versuchten, die Geiselnahme zu beenden erschossen die Islamisten beide Priester und mehrere Gottesdienstbesucher. Zirka 50 Frauen, Kinder und Männer kamen dabei ums Leben.

Auch seit dem Abzug der amerikanischen Truppen 2011 hat sich die Situation der Christen nicht verbessert. Im Gegenteil: Erneute Anschlagswellen erschütterten die Gemeinde. Geistliche versuchen zu verhindern, dass ihre Glaubensgemeinschaft einen kompletten Exodus erfährt, können jedoch nicht mit gutem Gewissen von einer Flucht abraten.

Lokale Verwaltungen beteiligen sich an der Verfolgung von Christen. Unterschiedlichen islamistischen Gruppen ist es gelungen, Verwaltungen, Straßenzüge oder Stadtteile unter ihre Kontrolle zu bekommen. Sie sind dann de facto die Machthaber in diesen Gebieten und repräsentieren gleichzeitig auf lokaler Ebene den irakischen Staat. Häufig sind sie es, die Christen und andere nicht-muslimische Minderheiten vor Ort schikanieren, verfolgen und terrorisieren.

Erschreckend häufig werden Menschen im Irak entführt, um Geld zu erpressen. Opfer von Entführungen werden vor allem Christen. Betroffen sind Kinder, Frauen und Männer gleichermaßen. Christliche Institutionen geben an, dass 90 Prozent der entführten Personen Christen sind. Christen und Mandäer, schreibt eine Kennerin der Menschenrechtsslage im Irak, verhalten sich still und wollen nur, dass ihre Angehörigen schnell zurückkommen. Die Täter wissen, dass sie keine Schwierigkeiten machen. Das ermutigt zu immer neuen Entführungen.

Auch mit ständigen Drohungen wird versucht, ihre Vertreibung von Christen zu beschleunigen und sich ihres Eigentums zu bemächtigen. So hat die Mehrheit der Assyro-Chaldäer-Aramäer die Stadt Basra bereits verlassen. In christlichen Wohnvierteln

erscheinen Hetz-Graffitis auf Häuserwänden. Christen werden an ihrer Berufsausübung gehindert; Büros christlicher Parteien werden angegriffen. Die Hälfte aller Christen, etwa 500.000 Menschen, wenn nicht sogar schon zwei Drittel, hat den Irak verlassen. Vor 2003 lebten dort mindestens eine Million. Genaue Zahlen über die Flüchtlinge sind schwer zu erheben, da viele aus Angst ihre Religionszugehörigkeit verschweigen oder sich gar nicht erst offiziell registrieren. Jedoch wird davon ausgegangen, dass 20 Prozent der irakischen Flüchtlinge in Syrien Christen sind bzw. waren, wobei diese ursprünglich nur drei Prozent der Bevölkerung stellen.

Nur im autonomen Bundesstaat Kurdistan genießen irakische Christen relative Sicherheit, Glaubensfreiheit und Nationalitätenrechte. Ein Leben in Sicherheit für die christlichen Minderheiten außerhalb der autonomen Region Kurdistan und außerhalb der von ihren Milizen geschützten angrenzenden Niniveh-Ebene scheint nicht mehr möglich zu sein. Christliche Flüchtlinge werden dort willkommen geheißen und alles Mögliche getan, um ihnen Schutz zu bieten. Doch selbst dort müssen Christen und andere Minderheiten wie kurdische Yeziden nun um ihr Leben fürchten. Am 2. Dezember 2011 attackierte ein radikal-islamistischer Mob Geschäfte und Einrichtungen von Christen sowie von Yeziden nach dem muslimischen Freitagsgebet. Es entstanden Schäden in Millionenhöhe.

Ende 2013 schlug der irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki vor, dass der Irak fünf neue Provinzen erhalten solle – angeblich um Minderheiten wie den Turkmenen aber auch Christen mehr Sicherheit und Selbstverwaltung zu bieten. Die tatsächliche Schaffung der Provinz Niniveh-Ebene, eine Region die zu 40 Prozent von Christen bewohnt wird, könnte somit zu einem Zufluchtsort von Christen im Irak werden. Leider wird jedoch davon ausgegangen, dass den gemachten Ankündigungen keine Taten folgen werden, sondern es sich ausschließlich um ein Manöver im Wahlkampf handelt. Auch die Christen selbst scheinen untereinander uneins zu sein, ob ein solches geschütztes Territorium ihre Probleme löst.

3. Syrien

Eine ähnliche Gefahr der ständigen Bedrohung und Verfolgung wie im Irak befürchten auch die Christen im verfassungsgemäß säkularen Syrien. Diese Angst erwächst aus dem

drohenden politischen Wandel mit der Möglichkeit einer Machtübernahme von Islamisten. Bereits während des Bürgerkrieges geraten Christen immer wieder zwischen die Fronten, obwohl sie zu Großteilen versuchen, sich politisch neutral zu verhalten.

Syrien blickt zurück auf 2.000 Jahre christliche Geschichte. Lange Zeit prägten Christen die Identität des Landes mit. Obwohl sie entscheidend für Modernisierung und Fortschritt eintraten, vertuschten nahezu alle Regierungen des Landes diese wichtige Rolle der Christen und anderer Minderheiten in der syrischen Gesellschaft und verweigerte ihnen grundlegende Rechte. Weder wurde ihre kulturelle Identität und sprachliche Gleichberechtigung anerkannt, noch wurde ihre Sicherheit gewährleistet.

Die christlichen Gemeinschaften in Syrien beschränken sich dabei keinesfalls nur auf die Römisch-katholische Kirche. Zu den etwa 1,5 bis drei Millionen Christen des Landes zählen neben etwa einer Million Rum-Orthodoxen auch Anhänger der Assyrischen Apostolischen Kirche des Ostens, Armenier, Maroniten, Chaldäer, Protestanten und Syrisch-Orthodoxe. Weil die christlichen Kirchen in Syrien von den Muslimen diskriminiert wurden, pflegten sie schon immer eine einvernehmliche Ökumene, trotz gelegentlicher interner Konflikte.

Unter dem Assad-Regime war die Situation der syrischen Christen ruhig. Sie erfuhren weitgehende Toleranz und waren keiner gezielten religiösen Verfolgung ausgesetzt. Assad hatte sich selbst als Beschützer der alawitischen, christlichen und sonstigen Minderheiten erklärt, die er vor radikalen Muslimen beschützen würde. Geistliche bezeichneten dies jedoch bloß als machtpolitische Geste der keine Taten folgten. Offen wird sich jedoch nicht getraut gegen das Regime zu sprechen, weil die Christen stärkere Repressionen befürchten. So appelliert auch die Kirchenführung – jedenfalls offiziell – an ihre Gläubigen, sich aus politischen Konflikten herauszuhalten, um nicht zwischen den politischen Blöcken aufgerieben zu werden.

Dennoch haben Umfragen ergeben, dass die deutliche Mehrheit der syrischen Christen zu Beginn des Konfliktes hinter Assad stand. Seitdem sind jedoch Schätzungen zufolge mindestens 1.000 syrische Christen dem Konflikt zu Opfer gefallen. Dabei ist oft unklar, ob die Taten von Anhängern des Regimes und seinem Sicherheitsapparat oder von radikalen Muslimen aus den Reihen der islamistischen Opposition ausgingen.

So wurde zum Beispiel am 22. April 2013 bekannt, dass eine bewaffnete Gruppe zwei syrische Bischöfe in der Nähe von Aleppo im Norden entführte. Auf dem Weg zu Verhandlungen zur Freilassung eines Priesters war ihr Auto in einen Hinterhalt geraten, der Fahrer wurde erschossen und sie selbst entführt.

Anfang Dezember 2013 wurden zwölf syrisch-orthodoxe Nonnen aus ihrem Kloster entführt, nachdem islamistische Gruppen die Stadt Maalula einnahmen. Obwohl ein Video veröffentlicht wurde, in dem die Nonnen aussagten, freiwillig in Sicherheit gebracht worden zu sein, sagte die Oberin des Klosters aus, die Frauen würden von den Islamisten als „menschliches Schutzschild“ genutzt. Die Nonnen wurden Anfang März 2014 schließlich frei gelassen.

Als am 16. Dezember 2013 das christliche Dorf Kanayé besetzt wurde, zwangen Dschihadisten die Bevölkerung unter Drohung eines Blutbades dazu, sich an islamistische Gesetze zu halten. Zwangskonvertierungen wurden angedroht. Damit wiederholt sich ein Muster der Eroberung welches auch schon in benachbarten Dörfern eingesetzt wurde.

Des Weiteren wird berichtet, dass islamistische Gruppen, deren Ziel es ist, Christen endgültig aus Syrien zu treiben, Kirchen zerstört hätten. Dabei seien dabei geistliche Bücher und Ikonen verbrannt sowie Kreuze auf den Kirchen mit islamistischen Fahnen ersetzt worden.

Christen und andere Minderheiten werden so immer mehr zu den großen Verlierern des Krieges. Während nahezu alle anderen Gesellschafts- oder Religionsgruppen teils massive Unterstützung aus dem Ausland erhalten, wird die christliche Bevölkerung de facto von den Kirchen im Westen weitgehend im Stich gelassen. Sie müssen ohnmächtig mit ansehen, wie sie immer mehr zwischen die Fronten geraten und dabei ihre kulturellen, gesellschaftlichen und religiösen Einrichtungen zerstört werden. Da sie die einzige unbewaffnete Bevölkerungsgruppe darstellen und sie durch die mittlerweile destabilisierte Staatsgewalt keinerlei Schutz erwarten können, trauen sich viele Christen nicht einmal mehr auf die Straße. Kinder gehen nicht mehr zur Schule, junge Männer verstecken sich aus Angst, zum Militärdienst eingezogen zu werden, und selbst gut ausgebildete Frauen geben ihren Job auf. Denn die Gefahr ist zu groß, auf dem Weg zur

Arbeit auf offener Straße entführt zu werden. Trotz ihrer „Neutralität“ ist das Elend des Krieges längst bei den Christen in Syrien angekommen. Die allgegenwärtige Bedrohung veranlasst viele von ihnen dazu, ihr Zuhause aufzugeben und zu fliehen. Jordanien hat bisher viele Flüchtlinge aufgenommen, dennoch werden viele syrische Christen zu Flüchtlingen im eigenen Land.

Die nordöstliche, hauptsächlich von Kurden bewohnte Provinz Jazira ist für die christlichen Assyro-Aramäer als Zufluchtsort heute von besonderer Bedeutung: Kurdische Organisationen haben das „Kurdengebiet“ im Norden des Landes in drei Kantone unterteilt – ohne Absprache oder Zustimmung Syriens oder anderer Länder – und im Januar 2014 für autonom erklärt. In Jazira erhalten Assyro-Aramäer, die in dieser Region gleichsam auf eine lange Tradition zurückblicken können, lange nicht gekannte Rechte: Ihre nahezu ausgestorbene Sprache Aramäisch wurde erstmalig in der Geschichte der Region als offizielle Sprache, auch im Schulunterricht, anerkannt. Darüber hinaus dürfen sie in Jazira ihre Religion frei ausüben und müssen sich vor keiner Diskriminierung fürchten. Eine Verfassung soll diese Rechte absichern. Bald sollen auch regionale Wahlen stattfinden. Aus diesen Gründen ist die von der islamistischen Gruppen regelmäßig attackierte Region für die Assyro-Aramäer Syriens von zentraler Bedeutung, müsste aber für ihr Überleben dringend Unterstützung von außen erhalten. Bedarf gibt es hier insbesondere beim Aufbau der schulischen Infrastrukturen, bei der Wasserversorgung und dem Agrarsektor.

Ein Großteil der Christen flieht in den Libanon, wo sie sich jedoch als Flüchtlinge in einer kaum verbesserten Situation wieder finden. Da der libanesische Staat befürchtet, in den blutigen syrischen Bürgerkrieg hineingezogen zu werden, erhalten die syrischen Flüchtlinge oft nicht die notwendige Hilfe. Die libanesische Regierung will zunächst auch keine Flüchtlingscamps einrichten, weil sie annimmt, dass sich diese Lager in Hochburgen von Rebellen verwandeln könnten. Da außerdem der Großteil der Flüchtlinge Muslime sind trauen viele Christen sich nicht für Hilfsprogramme zu registrieren, da sie befürchten, an islamistische Gruppen verraten werden zu können. Spürbar ist diese Angst selbst dort, wo Aufnahmestaaten, wie die Türkei, Lager speziell für christliche Flüchtlinge einrichteten. Stattdessen ziehen es die Flüchtlinge – wohl nicht immer ganz freiwillig –

vor, in die Dörfer des Umlandes auszuweichen und bei den dort ansässigen aramäischen Familien unterzukommen. Dies wird von den Gastgebern aber nicht als Dauerlösung erachtet. Problematisch ist auch, dass es durch die weite Zerstreuung der Flüchtlinge keine Möglichkeit einer zentralen Informationsversorgung gibt, wie etwa mögliche Asylangebote.

Schätzungen der BBC zufolge sind zwischen März 2011 und Ende Dezember 2013 insgesamt 2,3 Millionen Syrer in die Nachbarländer geflohen. 100.000 davon sollen Christen sein. Die UN befürchtet, dass bis Ende 2014 die Zahl der Flüchtlinge auf 4,1 Millionen steigen werde. Syrische Priester rufen zur Solidarität der weltweiten christlichen Gemeinde auf, um Hilfe in ihrer Lage zu erhalten.

4. Türkei

Wie in Syrien auch, leben seit 2.000 Jahren Christen in der Türkei. Für viele Ereignisse des neutestamentlichen Zeitalters spielen Orte in der Türkei eine zentrale Rolle. Im 19. Jahrhundert machten die türkischen Christen noch zwei Millionen der damaligen Gesamtbevölkerung aus. Im Laufe des Jahrhunderts flüchteten mehrere hunderttausende muslimische Flüchtlinge aus heutigen südosteuropäischen Staaten in das Kerngebiet der heutigen Türkei. Durch die Neuansiedlungen sank der christlichen Bevölkerungsanteil in der Türkei. Heutzutage leben lediglich 100.000 Christen in der offiziell säkularen Türkei, wovon 85 Prozent in Istanbul wohnen. Die anderen 15 Prozent verteilen in der Südosttürkei um die Provinz Hatay mit der altkirchlichen Patriarchenstadt Antiochia, dem heutigen Antalya. Von etwa 75 Millionen Einwohnern in der Türkei stellen die Christen nur 0,14 Prozent der Bevölkerung.

Die Christen in der Türkei sind in sechs verschiedene Gruppen eingeteilt. Darunter stellen die römisch-katholische Gemeinde mit acht Prozent Anteil, die armenisch-apostolische mit 18 Prozent und Migranten mit 65 Prozent die größten Gruppierungen. Weitere Gruppierungen wie chaldäisch-katholische, syrisch-orthodoxe, griechisch-orthodoxe und armenisch-unierte Gläubige sind nur mit ein bis vier Prozent an der Gesamtzahl der Christen in der Türkei vertreten.

Christen in der Türkei erfahren keine systematische Diskriminierung durch Autoritäten, werden jedoch regelmäßig von Mitbürgern in ihren Kirchen oder bei religiösen Riten angegriffen. Regelmäßig werden Gottesdienste von der Polizei geschützt. Besonders türkische Nationalisten sind zu Gewalt gegenüber Christen bereit.

Ein Beispiel für die staatliche Nichteinhaltung der Religionsfreiheit ist das Kloster Mor Gabriel: Nahe der syrischen Grenze liegend ist dieses im vierten Jahrhundert gegründete Kloster nicht nur eine touristische Attraktion, sondern besonders das geistliche Zentrum der syrisch-orthodoxen Christen. 2008 wurde es vom lokalen Forstamt erstmals verklagt, wegen „Aneignung fremden Bodens“, sowie „unerlaubter Missionierungstätigkeiten“. Der immer wieder vertagte Prozess, der auf mehreren Instanzen dem Kloster 244.000 Quadratmeter an Ländereien absprach, welche jedoch für die eigene Versorgung notwendig sind, hält bis heute an. 2011 wurden weite Teile enteignet, obwohl das Kloster Dokumente vorweisen konnte, dass es die Gebiete rechtmäßig besetzt. Unter anderem durch Druck der Bundesregierung, die auf den Respekt der Religionsfreiheit pochte, wurde im Februar 2014 von der türkischen Regierung im Rahmen eines sogenannten „Demokratiepakets“ versprochen, die Ländereien dem Kloster zurückzugeben. Bislang ist hier aber nichts geschehen: Der Rechtsstreit ist weiter beim Europäischen Gerichtshof anhängig. Kritiker gehen bei dem gesamten Prozess davon aus, dass es nie um den Besitz der Ländereien ging, sondern die Assyro-Aramäer symbolisch erniedrigt werden sollen und dadurch, im Rahmen von Erdogans Wahlkampf, die Mehrheitsbevölkerung gegen Christen „aufgehetzt“ werden soll.

2013 wurde die Türkei erstmals nicht von *Open Doors* in den Verfolgungsindex aufgenommen. Damit gehört die Türkei, neben dem Libanon, zu den beiden einzigen Ländern weltweit, die eine muslimische Mehrheitsbevölkerung und keine aktive Christenverfolgung haben. Es zeichnete sich also, laut der christlichen Hilfsorganisation, eine deutliche Verbesserung der Lage für Christen in der Türkei ab. Die kann auch mit den Bestrebungen eines Beitritts in die EU in Zusammenhang gebracht werden: Hierfür wurden Reformen zum Schutz von Minderheiten umgesetzt. Problematisch, und von erheblicher praktischer Relevanz ist jedoch umgekehrt, dass der aramäischen Religionsgemeinschaft, anders als den Armeniern, Griechen und Juden, immer noch keine

Minderheitsrechte in der türkischen Verfassung garantiert werden. Denn dies führt im Ergebnis dazu, dass die aramäischen Kirchen nicht anerkannt werden, sie keine Bankkonten führen, keine Priesterausbildung anbieten und keine Spenden aus dem Ausland erhalten dürfen. Auch der Besitz von Immobilien wird den Kirchen durch diese fehlende Rechtsposition erheblich erschwert: Nicht genutzte Kirchen oder Klöster werden von den zuständigen Katasterämtern kurzerhand zu herrenlosen Waldflächen deklariert und beschlagnahmt.

Vom Islam zum Christentum Konvertierte in der Türkei machen mit ihren 3.000 Mitgliedern lediglich nur einen Prozent der in der Türkei lebenden Christen aus. Die Mehrheit von ihnen formiert sich in evangelischen und evangelikalen Gemeinden. Bislang halten sich tausende Konvertiten aufgrund ihres Religionsübertritts bedeckt. Viele von ihnen gehörten vor ihrem Übertritt zum Christentum der alevitischen Glaubensgemeinschaft an, andere gehören der ethnisch-kurdischen Minderheit an.

Immer wieder kommt es zu Übergriffen und Diskriminierungen gegen christliche Konvertiten. Viele von ihnen gehen meist heimlich zu den Gottesdiensten, einige wurden von ihren Familien verstoßen. Oft werden sie als Ruhestörer und Anarchisten beschimpft. Ihnen wird gedroht, oder man versucht sie sogar zu ermorden.

Die Wurzeln für diese Diskriminierung gegen Konvertiten liegen im türkischen Nationalismus. Bereits 2006 standen zwei türkische Konvertiten vor dem türkischen Gericht, da man sie aufgrund ihres Religionswechsels wegen Beleidigung des Türkentums anklagt hat („bedrohte Völker – pogrom“ Ausgabe Nr. 253).

5. Jordanien

Jordanien – die erste Station der Reise des Papstes im Mai – bietet Christen eine deutlich bessere Situation als in den Nachbarländern. König Abdullah II sagte bei einer Rede vor der UN im Jahr 2013, sein Land sei auf Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und Meinungsfreiheit aufgebaut. Dabei wären die Christen ein bedeutender Teil der Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Landes. Er bezeichnete Jordanien als Vorbild für die Brüderlichkeit zwischen Christen und Muslimen.

Von den sechs Prozent der Bevölkerung, die christlich sind, gehören etwa 80 Prozent der griechisch-orthodoxen Kirche an. Obwohl der Islam Staatsreligion ist und Christen bei bestimmten Rechtsangelegenheiten, wie etwa dem Erbrecht, benachteiligt werden, beschreibt *Open Doors* das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Jordanien im Allgemeinen als gut.

Dennoch ist der Grad der Verfolgung von Christen in den vergangenen Jahren angestiegen: Besonders christliche Konvertiten sind Diskriminierungen ausgesetzt, werden von ihren Familien ausgeschlossen und in Extremfällen Opfer von Ehrenmorden. Sie müssen häufig ihren Glauben verstecken. Durch den sozialen und politischen Wandel in den Nachbarländern während des Arabischen Frühlings haben sich auch in Jordanien Spannungen zwischen gemäßigten und extremistischen Islamisten aufgebaut. Durch das Erstarken der radikalen Islamisten in der jordanischen Gesellschaft kommt es zu häufigeren Anschlägen und Benachteiligungen von Christen. Besonders gefürchtet wird eine Machtübernahme der Islamisten im Land.

Christliche Gemeinden kämpfen aktiv dafür, vor dem Gesetz die gleichen Rechte zu haben. Nicht nur im Strafrecht, sondern auch im Familienrecht sind Christen in Jordanien Bürger zweiter Klasse: Ihre Ehen können annulliert werden und ihre Religionszugehörigkeit ist ein Grund, das Sorgerecht für ihre Kinder zu entziehen.

6. Palästinensergebiete

In den Gesetzen Palästinas wird die Religionsfreiheit gewährleistet, solange die öffentliche Ordnung oder Moral nicht gefährdet wird. Diskriminierung auf Grund der Religion ist verboten. Auch hier ist der Islam Staatsreligion. Es gibt dort etwa 50.000 Christen. Die Koptische Kirche ist offiziell anerkannt und hat somit das Recht, in Angelegenheiten, die das Personenstandsrecht betreffen, über Mitglieder der Gemeinde zu urteilen. Christlichen Schülern wird christlicher Religionsunterricht erteilt. Aufgrund des umstrittenen Status der Stadt Jerusalem gibt es Konflikte über die Zugänglichkeit bestimmter Gebiete und über die Möglichkeit, religiöse Gebäude zu errichten.

Durch Israels Praxis, permanente und temporäre Sicherheitsschleusen zu errichten, kommt es immer wieder zu Problemen, die Religion frei zu praktizieren. So kann der Zugang zu religiösen Gebäuden oder Veranstaltungen behindert werden. Auch Zusammenführungen christlicher Familien zwischen dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen ist nicht gewährleistet. Christlichen Geistlichen wird die Einreise in den Gaza-Streifen nicht genehmigt.

In den vergangenen Jahren kam es jedoch zu einer wachsenden Radikalisierung von Muslimen, sowohl in der Westbank als auch in Gaza. Die Ursache dessen kann im islamischen Extremismus gefunden werden. Aktivisten haben das Ziel das ganze Land zu islamisieren und sind dabei auch bereit, gewalttätig zu handeln. Dies zeigt seine Auswirkungen im Gaza-Streifen sehr viel deutlicher als in der Westbank und Christen haben hier mit wachsender Unterdrückung zu kämpfen. Es kommt immer wieder zu Zwangskonvertierungen, die auch unter Gewalt stattfinden. Diejenigen, die sich weigern, den Islam anzunehmen, werden bedroht und somit zur Flucht gezwungen.

Christen geraten hier zwischen die Fronten des israelisch-palästinensischen Konflikts. Ihre Zahl hat aufgrund sinkender Geburtenzahlen und Emigration stetig abgenommen. Wachsend ist jedoch die Gruppe an Christen mit muslimischem Hintergrund, auch wenn diese, wie in den Nachbarländern, besonders starke Diskriminierung erfahren und sie ihren Glauben verstecken müssen.

7. Ägypten

Die Christen in Ägypten lassen sich in zwei Hauptgruppen unterteilen: Einerseits die historische Gemeinschaft der Kopten und andererseits die zwar kleine, aber stetig wachsende Gemeinde der Christen muslimischer Herkunft. Die deutliche Mehrheit der Christen Ägyptens lebt im Norden des Landes, vor allem in Kairo und Alexandria. Die Situation der christlichen Konvertiten lässt sich weitgehend mit der Situation der zum Christentum Übergetretenen in der Türkei vergleichen.

Das Wort „koptisch“ kommt aus dem Griechischen und bedeutet so viel wie „Ägypten“. Per Definition sind die Kopten autochthone Ägypter- und als solche sehen und verstehen

sich die Kopten auch. In der Theologie erfuhr der Begriff allerdings eine Bedeutungsänderung und wird heutzutage als Synonym für „christliche Ägypter“ verwendet.

Die Koptische Kirche entstammt dem alexandrinisch-ägyptischen Christentum der Spätantike. Als Gründer gilt Markus, der Verfasser des Markusevangeliums, der 68 nach Christus in Alexandria als Märtyrer starb. Die Koptische Kirche wird deshalb oft auch als „alexandrinische Kirche“ bezeichnet. Die Koptische Kirche verwendet seit dem zweiten oder dritten Jahrhundert neben dem Griechischen auch die koptische Sprache. Diese wird vorwiegend bei Bibellesungen, Gebeten und Predigten verwendet.

Über die genaue Anzahl der in Ägypten lebenden Kopten gibt es unterschiedliche Angaben. Es kann aber von mindestens 10 Millionen im Jahr 2010 ausgegangen werden. Damit stellen sie allein schon drei Viertel der Christen im Nahen Osten. Obgleich sie eine nicht unbedeutende Minderheit in Ägypten darstellen, haben die Kopten nur sehr geringe Möglichkeiten, politisch aktiv zu werden. Obwohl die koptische Gemeinde immer Repressalien ausgesetzt war, wurde sie jedoch die meiste Zeit wegen ihren historischen Ursprüngen in Ägypten und ihrer Größe toleriert.

Mubarak hätte während seines Regimes die Balance im Land gehalten. Doch nach dessen Rücktritt wurde die Muslimbruderschaft als einzige Alternative dazu gesehen und daher gewählt. Die Beziehungen zu den Christen sind heikel. Es wurde von ihnen ein Bild in der Öffentlichkeit geschaffen, das sie als verwöhnte Minderheit darstellt und ihnen mehr Rechte garantiert als ihnen zusteht. Diese Perspektive kann dadurch erklärt werden, dass die Medien in den 40 Jahren unter Mubarak nie von Übergriffen gegen Christen berichtet haben und Kopten immer als sehr regimenah galten.

Die Situation der Kopten hat sich nach dem Sturz von Husni Mubarak im Februar 2011 deutlich verschlechtert, was besonders an dem Machtgewinn radikaler Islamisten und dem Zerfall staatlicher Ordnung, insbesondere im Sicherheitsbereich, liegt. Knapp 100 Kopten wurden seit der Entmachtung Hussni Mubaraks bei Überfällen oder Auseinandersetzungen mit radikalen Moslems getötet, mehr als 800 Angehörige der Minderheit wurden verletzt und 26 Kirchen und Klöster niedergebrannt. Extremistische

Muslime hetzen gegen Angehörige der religiösen Minderheit und verhindern den Bau dringend benötigter Kirchen, da viele der bisherigen verwüstet wurden. Die Kopten dürfen in Ägypten keine neuen Kirchen bauen. Selbst für Reparaturarbeiten an ihren Gotteshäusern brauchen sie einen Präsidialerlass.

Vor allem in Oberägypten sind Kopten – oft mit Wissen und Billigung der lokalen Behörden – Ziel von Terror und Schutzgelderpressungen radikaler Muslime. Junge Koptinnen werden häufig Opfer von Entführungen. Sie werden gezwungen, zum Islam überzutreten und Ehen mit Muslimen einzugehen. Die Täter werden in der Regel nicht bestraft. Im Gegenteil: Angehörige und Rechtsanwälte werden teilweise bei dem Versuch, solche Verbrechen aufzuklären, aktiv von den Behörden behindert. Die Ursache dieser Straflosigkeit ist darin zu finden, dass die religiösen Minderheiten in Ägypten keinen staatlichen Schutz haben und es keine Aufklärung durch Polizei oder Justiz gibt. Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Ägypten ist der „islamischer Extremismus“, dazu kommen in einem geringeren Maß „totalitäre Paranoia“ und „systematische Korruption“.

Doch Christen bekamen auch Unterstützung von Muslimen. So halfen in einigen Orten in Oberägypten Muslime Christen beim Schutz ihrer Gotteshäuser oder ihres Eigentums. Auch riefen einige Salafisten die Muslimbrüder dazu auf, die Angriffe zu beenden.

Im August 2013 brannte die Gewalt gegen Kopten erneut auf: Die Muslimbruderschaft machte Kopten für die Absetzung von Präsident Mursi im Juli 2013 verantwortlich, woraufhin sie 38 Kirchen niederbrannten und 23 weitere schwer beschädigten. Privathäuser sowie von Christen betriebene Geschäfte wurden zerstört. Während dieser Vorgänge ergriff das Militär keinerlei Maßnahmen zum Schutz der Christen und machte sich so zu einem stillschweigenden Mittäter.

Es wird davon ausgegangen, dass seit dem Sturz Mubaraks im Februar 2011 bereits 100.000 Kopten das Land verlassen haben.

8. Libyen

Die Situation der Christen in Libyen hat sich durch den Umsturz Gaddafis und den seitdem anhaltenden Unruhen stark verschlechtert. Besonders bedroht ist dort die Gemeinschaft der ägyptischen Kopten, die als Gastarbeiter in Libyen leben.

Unter dem Regime Gaddafis erfuhren Christen von Seiten des Militärs und anderen staatlichen Instanzen Rassismus. Ausländische Christen, meist Zeitarbeiter, lebten jedoch in relativer Ruhe. Nach dem Umsturz Gaddafis veränderte sich dies jedoch, da aus Afrika zugewanderte Christen als Söldner Gaddafis vermutet und dementsprechend verfolgt wurden.

Nun ist nicht mehr der Staat die Hauptquelle der Unterdrückung, sondern hauptsächlich radikale islamistische Gruppen, die sich ein Libyen ohne Christen wünschen. *Open Doors* spricht davon, dass „in einem Umfeld von Anarchie und fehlender Rechtsstaatlichkeit (...) die Christen – einheimische wie auch Ausländer - zwischen fanatischen religiösen Gruppen und kriminellen Banden zerrieben“ werden.

Resultat ist eine große Unsicherheit in der christlichen Gemeinde, mit wem sie über ihren Glauben sprechen können und von wem sie sich bedroht fühlen müssen. Viele Christen verheimlichen ihren Glauben dementsprechend oder wählen den Weg der Flucht aus Libyen. Kirchen stehen den Zurückgebliebenen nicht zur Verfügung und auch wenn ein Kirchenbesuch möglich wäre, wäre dieser gesetzlich verboten.

Zwar sind die demokratischen Grundfreiheiten seit dem Beginn der „Arabischen Revolution“ umfassender gesetzlich garantiert, aber im Alltagsleben hat der Druck von Islamisten auf gemäßigte Muslime und Christen deutlich zugenommen. In Libyen fürchten nach einem Bombenanschlag immer mehr der 60.000 im Land lebenden und besonders bedrohten ägyptischen Kopten um ihre Sicherheit. Auch seit vielen Jahrzehnten in Libyen lebende Katholiken bangen um ihren Schutz und fliehen ins Ausland. Nur noch wenige tausend Christen sind in Libyen zurück geblieben.

Regelmäßig werden Christen dafür verhaftet, Proselytismus – das Abwerben von Muslimen zum Christentum – betrieben zu haben. Das Mittragen von Bibeln oder anderen

religiösen Gegenständen kann zur Verhaftung und in extremen Fällen zur Todesstrafe führen. So wurde beispielsweise im Februar 2013 nach Angaben ägyptischer Medien eine koptische Kirche überfallen und 100 Gläubige gefangen gehalten, ihnen die Köpfe abrasiert und ihre tätowierten Kreuze weggeätzt. Offiziell werden die Christen wegen Verletzungen der Einwanderungsbestimmungen verhaftet.

9. Fazit und Forderungen

Papst Franziskus erklärte es bereits zu einem Ziel seiner Reise sicherzustellen, dass die Region nicht zu einem „Museum des Christentums“ werde, sondern Christen ein aktiver und vor allem gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sein können.

Besonders durch die Machtzunahme islamistischer Extremisten hat sich die Situation der Christen im Nahen Osten seit dem letzten Besuch eines Papstes deutlich verändert: Nicht nur fürchten sich Christen vor der Perspektive einer Machtübernahme von Islamisten in ihren jeweiligen Ländern, sondern sie leiden auch jetzt schon unter regelmäßigen Angriffen von Gruppierungen, die sich ihr Land ohne Christen vorstellen. Dabei haben historisch Christen in allen Ländern im Nahen Osten eine ganz entscheidende und prägende Rolle eingenommen. Die Kopten Ägyptens bewohnten das Gebiet sogar bereits vor Muslimen. Und trotzdem werden sie jetzt, mit Wissen und Billigung von Behörden, zum Ziel von Terror und Erpressungen durch radikale Muslime. Wie sehr das christliche Leben im Nahen Osten momentan bedroht ist zeigt besonders das Beispiel des Irak: Schon seit dem Einmarsch der US-amerikanischen Truppen im Jahr 2003 werden Christen dort systematisch verfolgt und vertrieben. Inzwischen besteht, wie bereits erwähnt, die Befürchtung, dass es 2020 keine Christen mehr im Irak geben wird.

Nur durch gezielte Maßnahmen der christlichen und muslimischen Gemeinschaften zusammen kann dieser Exodus gestoppt werden. Deshalb fordert die Gesellschaft für bedrohte Völker:

- Papst Franziskus soll sich bei seinen Gesprächen mit Vertretern muslimischer Gemeinden für den interreligiösen Dialog einsetzen und Wege hin zum friedlichen Miteinander erarbeiten. Dabei gilt es, besonders Schutzmaßnahmen für Christen vor

radikalen Muslimen zu ergreifen. Insbesondere die Regierungen müssen dafür Gewähr tragen, dass dieser Schutz auch tatsächlich durchgesetzt wird.

- Bei seinen Gesprächen mit Vertretern der Christen „vor Ort“ sollte betont werden, dass ein Überleben dieser Minderheit in der Region unbedingt ihre Einigkeit voraussetzt.
- Bei seinen Gesprächen mit Regierungsvertretern soll Papst Franziskus sich dafür einsetzen, dass diese Druck auf die Regierungen der Nachbarstaaten ausüben die systematische Verfolgung von Christen sowie die Einschränkung der Glaubensausübung zu beenden. Außerdem soll in Zukunft sichergestellt werden, dass Straftaten, die gegen Christen verübt werden, gleichwertig mit allen anderen Verbrechen geahndet werden.
- Es muss sich dafür eingesetzt werden, dass den Flüchtlingen des syrischen Bürgerkrieges geholfen wird. Besonders die christliche Bevölkerung erhält momentan kaum Unterstützung aus dem Ausland und erfährt auch in Flüchtlingslagern massive Repressionen. Des Weiteren wird gefordert, dass Kirchengemeinden aller Länder bei der Hilfe und Aufnahme von syrischen Flüchtlingen helfen, da sie unter den Konditionen in Flüchtlingslagern akut gefährdet sind.
- Um die Lage der Christen im Irak zu verbessern, soll Papst Franziskus sich dafür einsetzen, dass die Niniveh-Ebene und die Autonome Region Kurdistan international unterstützt wird, da dies der einzige noch sichere Zufluchtsort ist.
- Die von den Kurden autonom erklärten Kantone Syriens Jazira, Kobani und Afrin muss dringend geholfen werden, eine wirtschaftliche Grundlage zu schaffen, um dadurch die Sicherheit von Minderheiten garantieren zu können.
- Um sich für die Zukunft christlichen Lebens im Nahen Osten einzusetzen, muss Papst Franziskus dazu appellieren, dass vollständige Glaubensfreiheit und Gleichberechtigung aller religiösen und ethnischen Gruppierungen vor dem Gesetz in den Verfassungen der Ländern verankert werden. Dazu gehören ebenfalls die Sicherstellung von Vertretungen aller Minderheiten in Parlamenten und Behörden.